LZ-Rheinland

Artikel vom 14.05.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 04:35 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/wolf-europaparlament-macht-den-weg-frei

Wolf: Europaparlament macht den Weg frei



Foto: imago/photothek

Es gab viel Lob für Herabstufung

Der Schutzstatus der Wölfe in der Europäischen Union wird von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft. Am vergangenen Donnerstag hat das Europaparlament der entsprechenden Anpassung der Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Richtlinie grünes Licht gegeben. 371 Abgeordnete stimmten für und 162 gegen den Vorschlag der EU-Kommission. 37 Parlamentarier enthielten sich. Zuvor hatte sich das Parlament dafür ausgesprochen, das sogenannte Schnellverfahren anzuwenden und auf Änderungsanträge zu verzichten. Da sich die Mitgliedstaaten bereits im April über ihre Zustimmung einig waren, steht nun nur noch die formale Zustimmung des Rates aus.

Die Mitgliedstaaten erhalten durch die Anpassung mehr Spielraum beim Management von Wolfspopulationen. Sie können künftig flexibler Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen wachsender Wolfsbestände zu bewältigen. Zudem können sie Maßnahmen an regionale Besonderheiten anpassen.

Die Entscheidung des EU-Parlaments wurde sowohl von der neuen Bundesregierung als auch von vielen Landesregierungen begrüßt. NRW-Landwirtschaftsministerin Silke

Gorißen begrüßt den Beschluss: „Steigende Wolfspopulationen und Tierrisse stellen für unsere so wichtige Weidetierhaltung ein ernsthaftes Problem dar und machen deshalb neben dem Herdenschutz ein funktionierendes, regionales Bestandsmanagement unerlässlich. Hierzu muss sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene der richtige rechtliche Rahmen gesetzt werden. Ich begrüße, dass Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer nun national für klare und praktikable Regeln sorgen will, die den Herdenschutz voranbringen und den Bundesländern eine rechtssichere Entnahme ermöglichen sollen.“

Der Deutsche Bauernverband (DBV) sowie mehrere europäische Verbände lobten die Entscheidung ebenfalls. Der DBV forderte, die notwendigen Änderungen im Bundesjagdgesetz und im Bundesnaturschutzgesetz bis Mitte des Jahres umzusetzen. „Regulieren statt romantisieren“ sollte Verbandspräsident Joachim Rukwied zufolge die Devise lauten. Kritik kam von den Grünen im Europaparlament sowie vom WWF. Beide kritisierten den Umgang mit der Herabstufung des Schutzstatus als populistisch.

AgE